

UND JETZT:

**GRÜNE
WIRTSCHAFT**

Zu Punkt **6.21**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
24.11.2022



03.11.2022

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 24.11.2022, betreffend

KOSTENEXPLOSION EINDÄMMEN - WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN

Begründung:

Die in Folge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gestiegenen Energiekosten und die dadurch befeuerte Inflation haben massive Auswirkungen auf die gesamte Kostenentwicklung der Unternehmen in Österreich. Trotz vieler bereits erfolgter Maßnahmen der Bundesregierung sind die gestiegenen Kosten und die noch im Raum stehenden weiteren Entwicklungen für viele Betriebe existenzgefährdend. Eine vollständige Weitergabe über die Preise ist nicht immer möglich; in vielen Branchen müssen negative Ergebnisse hingenommen werden. Zudem würde eine vollständige Anpassung der Preise die Inflation weiter befeuern.

Es braucht daher weitere Maßnahmen zur Abfederung, die sämtliche relevante Kostenfaktoren berücksichtigen. **Dabei sind in folgenden Bereichen Lösungen notwendig:**

1. **Energiekosten:** Der bereits beschlossene Energiekostenzuschuss bezieht sich nur auf die Monate Februar bis September 2022. Vielfach werden die massiven Kostensteigerungen aber erst im Herbst/Winter 2022/2023 schlagend. Es braucht daher dringend Klarheit über die in den kommenden Monaten möglichen Unterstützungsleistungen bei Strom und Wärme. Das Warten auf eine Änderung des Merit-Order-Prinzips auf EU-Ebene dauert zu lange. Viele KMU stehen am Rande ihrer Existenz!
2. **Mieten:** Die automatische Anpassung der Mieten für betrieblich genutzte Räumlichkeiten ist in den Mietverträgen meist als Anpassung entlang der Entwicklung des VPI geregelt. Auch dieser Kostenfaktor muss temporär in einem Maßnahmenpaket zum Einbremsen der Inflation mitgedacht bzw. überdacht werden.

**BÜRO
BLÜMELGASSE**

Blümelgasse 1, 1060 Wien, Österreich
T (01) 523 47 28, E office@gruenewirtschaft.at
ZVR-Nr. 729827890, DVR-Nr. 2107907

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



3. **Sozialversicherungsbeiträge:** Die Erhöhung der Löhne in Folge der KV-Anpassungen kann mittels einer Senkung der SV-Beiträge für Selbständige und unselbständig Beschäftigte und Ausgleich auf der Gesamtkostenseite abgedeckt werden. Dazu soll eine Senkung bei den Beiträgen der Dienstgeber:innen erfolgen und die Einnahmenverluste bei den Trägern durch Steuermittel gegenfinanziert werden. Dadurch bleibt den Dienstnehmer:innen mehr Netto vom Brutto und die Mehrkosten der Dienstgeber:innen werden gedämpft.
4. **Lohnnebenkosten:** Im bereits erfolgten Maßnahmenpaket zur Senkung der Lohnnebenkosten wurde eine Reduktion von insgesamt 0,4% der Bemessungsgrundlage über Reduktion der Beiträge zum FLAF, der Unfallversicherung und des Insolvenzentgeltfonds beschlossen. Eine weitere Maßnahme wäre die Abschaffung der KU2 zur Senkung der Lohnnebenkosten. Auch die Einnahmen der Wirtschaftskammer steigen derzeit massiv. Die WKO soll ihre Mitglieder entlasten. Die KU2 macht ebenfalls durchschnittlich rund 0,4% der Bemessungsgrundlage aus.
5. **Kostenkontrolle:** Die Kosten für Energie steigen nicht nur bei fossilen Treib- und Brennstoffen, sondern auch bei allen anderen Energieträgern. Eine Preisbildungskommission für Treibstoffe wurde bereits eingerichtet. Es braucht aber zusätzlich auch eine Kontrolle für alle anderen Energieträger bzw. den Handel damit.

Bei allen Maßnahmen muss entlang aller Unternehmensgrößen analysiert und gehandelt werden. Nicht nur die Industrie, sondern auch EPÜ und KMU sind von den Entwicklungen massiv betroffen. Zudem sind die Unterschiede der Branchen zu berücksichtigen und in die konkrete Ausgestaltung der Instrumente miteinzubeziehen.

Die Grüne Wirtschaft stellt daher den Antrag:

- 1.) Die Delegierten des Wirtschaftsparlaments der Wirtschaftskammer Österreich fordern die Bundesregierung auf

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



- a. ein wirksames Maßnahmenpaket zum Einbremsen der Inflation über Abfederung der Herstellungskosten zu erarbeiten. Dabei sollen weitere Entlastungen bei den Energie-, den Lohnnebenkosten und den Sozialversicherungsbeiträgen mitgedacht werden. Die Möglichkeit eines temporären Aussetzens der Anpassung der Mieten von betrieblich genutzten Immobilien entlang des VPI soll geprüft werden.
- b. Es sollen zum Monitoring der Energiekosten weitere Preisbildungskommissionen für alle Energieträger eingerichtet werden.

2.) Die Delegierten des Wirtschaftsparlaments fordern den Gesetzgeber auf mittels Änderung des WKG die Abschaffung der KU2 zu regeln.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft:

Sabine Jungwirth

Andrea Kern

Anja Haider-Wallner

Christine Seemann

Hans Arsenovic